S 3 U 104/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

3

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 3 U 104/99 Datum 31.10.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 U 379/01 Datum 23.04.2002

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Augsburg vom 31.10.2001 wird zurýckgewiesen.
- I. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob die Beklagte verpflichtet ist, dem Kl \tilde{A} ¤ger aus Anlass seines Arbeitsunfalls vom 23.01.1998 Verletztengeld \tilde{A} ¼ber den 23.02.1998 hinaus zu gew \tilde{A} ¤hren.

Der am 1949 geborene Kläger, freier Handelsvertreter, hat am 23.01.1998 einen Unfall erlitten, als er im Treppenhaus einer Kundin ausrutschte und mit dem Rþcken und dem Hinterkopf auf die Marmorstufen aufschlug und mehrere Stufen nach unten stþrzte. Dr.S., Chefarzt der chirurgischen Abteilung der S.-Klinik O. hat im Durchgangsarztbericht vom 28.01.1998 eine Contusio cerebri diagnostiziert sowie den Verdacht auf eine Schädelfraktur, eine HWK- und LWK-Fraktur geäuÃ□ert. Der Kläger befand sich in der vorgenannten Klinik vom 23.01.1998 bis 14.02.1998 in stationärer Behandlung. Entgegen dem zunächst geäuÃ□erten

Verdacht auf vorgenannte Frakturen ergab sich jedoch kein Nachweis für eine Fraktur im Schädel-CT bzw. WS-CT. Der Neurologe und Sozialmediziner Dr.H. kam â□□ nach ambulanter Untersuchung des Klägers â□□ in seinem Gutachten vom 20.10.1998 zu dem Ergebnis, dass der Sturz allenfalls zu einer sehr leichten Commotio cerebri mit kurzem Bewusstseinsverlust geführt habe. Ein Hinweis für eine substanzielle Hirnschädigung im Sinne einer Contusio cerebri bestehe jedoch nicht. Bereits vor dem Unfall habe der Kläger jahrelang wegen erheblicher degenerativer Veränderungen der gesamten Wirbelsäule sowie Neigung zu Tinnitus und Depressionen in ärztlicher Behandlung gestanden. Der Unfall mit seinen Folgen (leichte Commotio cerebri und Wirbelsäulenprellung) habe bleibende Folgen nicht hinterlassen, eine unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit sei fþr max. vier Wochen, d.h. bis zum 23.02.1998, anzunehmen.

Mit Bescheid vom 12.11.1998 hat die Beklagte als Folgen des Arbeitsunfalls vom 23.01.1998 eine ohne Folgen ausgeheilte leichte Gehirnerschütterung und folgenlos ausgeheilte Prellung der Wirbelsäule anerkannt, jedoch die Gewährung von Rente abgelehnt, weil der Unfall die Erwerbsfähigkeit nicht in rentenberechtigendem Grade über die 26. Woche nach dem Versicherungsfall hinaus gemindert habe (§ 56 SGB VII). Arbeitsunfähigkeit und Behandlungsbedürftigkeit auf Grund des Unfalls wurde bis zum 23.02.1998 angenommen. Als Folgen des Unfalls wurden nicht anerkannt, weder im Sinne der Entstehung noch im Sinne der Verschlimmerung: erhebliche degenerative Veränderungen der gesamten Wirbelsäule; Neigung zu Depressionen und Tinnitus. Das jetzt noch bestehende Beschwerdebild sei auf die unfallunabhängigen Beschwerden zurückzuführen.

Hiergegen hat der KlĤger Widerspruch erhoben mit dem Hinweis, dass er wegen der Unfallfolgen noch laufend in Behandlung sei. Entgegen den Aussagen des Dr.H. habe der Unfall zu einer schweren Gehirnerschütterung/Kontusion mit Bewusstlosigkeit geführt, ebenso einer Contusio cochleae/labyrinthe mit nachfolgender Schwerhörigkeit und Tinnitus sowie einer schweren Prellung.

Die Beklagte hat den Widerspruch des Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gers \hat{a}_{\parallel} unter Bezugnahme auf die Feststellungen des bereits geh \tilde{A} $^{\eta}$ rten Dr.H. \hat{a}_{\parallel} als unbegr \tilde{A} $^{\eta}$ ndet zur \tilde{A} $^{\eta}$ ckgewiesen (Widerspruchsbescheid vom 25.02.1999).

Hiergegen hat der Kläger beim Sozialgericht Augsburg mit dem Begehren von Rente Klage erhoben. Er hat diverse ärztliche Unterlagen vorgelegt.

Das Sozialgericht hat im Rahmen der Sachermittlung Befundberichte der behandelnden Ä rzte und Kliniken beigezogen sowie eine Auskunft der Krankenkasse des Klägers å AOK å Gesundheitskasse Mittelbaden å eingeholt. Sodann hat es Prof. Dr. med. Dr. Dipl-. Ing. B. W., Ä rztlicher Direktor der Neurologischen Klinik im Bezirkskrankenhaus G., mit der Erstattung eines nerven Ä zztlichen Gutachtens beauftragt. Dieser kam nach Untersuchung des Klägers in seinem Gutachten vom 31.03.2000 å In Ä bereinstimmung mit der Einsch Ä ztzung des Dr. H. zu der Auffassung, dass der Unfall keine Substanzsch Ä zu einer

leichten Commotio cerebri gekommen. Auf Grund des Unfallverlaufes sei weiter anzunehmen, dass eine HWS- und LWS-Stauchung oder -prellung stattgefunden habe. In zahlreichen Vorbefunden seien bereits vor dem Unfallereignis degenerative VerĤnderungen im HWS- und LWS-Bereich klinisch und bildgebend dokumentiert, diesbezĽglich geschilderte Beschwerden seien somit nicht auf den Arbeitsunfall zurĽckzufļhren. Insgesamt lĤgen ab dem Beginn der 27. Woche nach dem Unfall keine Folgen auf neurologischem Gebiet mehr vor. Auf Antrag des KlĤgers â∏ § 109 SGG â∏ hat das Sozialgericht ferner den HNO-Arzt Prof.Dr.C. , Direktor der Hals-Nasen- und Ohrenklinik des Zentralkrankenhauses B. , gehĶrt. In seinem Gutachten vom 21.11.2000 legte er dar, dass der Unfall eine leichte GleichgewichtstĶrung und einen leichten Tinnitus links (mit)verursacht habe. Die unfallbedingte MdE schĤtzte er auf 0 v.H. ein.

Der Klå¤ger hat vor dem Sozialgericht sodann erklå¤rt, dass er die Gewå¤hrung von Verletztenrente nicht mehr anstrebe, jedoch weiterhin få¼r insgesamt 257 Tage (abzå¼glich des Zeitraums 23.01.1998 bis 23.02.1998) Verletztengeld begehre. Das Sozialgericht hat daraufhin eine ergå¤nzende Stellungnahme des Prof. Dr.C. zur Dauer der unfallbedingten Arbeitsunfå¤higkeit eingeholt. In seiner Stellungnahme vom 29.05.2001 schloss sich Prof.Dr.C. wiederum der Auffassung des Dr.H. an, wonach die unfallbedingte Arbeitsunfå¤higkeit lå¤ngstens bis zum 23.02.1998 angedauert habe. Hiergegen hat der Klå¤ger u.a. eingewandt, dass ihm Prof.Dr.C. noch am 03.08.1998 eine Arbeitsunfå¤higkeitsbescheinigung wegen seines Arbeitsunfalls få¾r die Dauer bis voraussichtlich 15.08.1998 ausgestellt habe. Nach rechtlichem Hinweis des Gerichts vom 24.08.2001 hat der Bevollmå¤chtigte des Klå¤gers seine Vertretung niedergelegt. Das Gericht hat daraufhin den Klå¤ger perså¶nlich darå¼ber informiert, dass er bei Fortfå¼hrung des Verfahrens im Hinblick auf dessen Aussichtslosigkeit mit der Auferlegung von Kosten nach <u>å§ 192 SGG</u> rechnen må¼sse.

Der Kl\tilde{A}\mathbb{\mathbb{q}} ger hat vor dem Sozialgericht beantragt, die Beklagte in Ab\tilde{A}\mathbb{\mathbb{q}} nderung ihres Bescheides vom 12.11.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.02.1999 zu verurteilen, ihm wegen der Folgen des Arbeitsunfalls vom 23.01.1998 f\tilde{A}^1/4\rmathbb{r} insgesamt 257 Tage Verletztengeld zu gew\tilde{A}\mathbb{\mathbb{m}} hren.

Die Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen.

Nach entsprechendem Hinweis des Gerichts auf die Absicht, im Wege eines Gerichtsbescheides zu entscheiden, wozu die Beteiligten ihr EinverstĤndnis erklĤrt hatten, hat das Sozialgericht sodann mit Gerichtsbescheid vom 31.10.2001 die Klage abgewiesen: Der KlĤger habe über den 23.02.1998 hinaus keinen Anspruch auf Verletztengeld (§ 45 SGB VII). Denn nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme â∏ Gutachten Dr.H. , Stellungnahme Prof. Dr.C. vom 29.05.2001 in Verbindung mit dessen Gutachten vom 21.11.2000 â∏ könne nicht davon ausgegangen werden, dass die über den 23.02.1998 hinaus bestehende ArbeitsunfĤhigkeit des KlĤgers wesentlich ursĤchlich auf das Unfallereignis vom 23.01.1998, die hierbei erlittenen Verletzungen, zurückgeführt werden könne. Wie Dr.H. und Prof.Dr.W. bestĤtigt haben, leide der Kläger nachweislich seit vielen Jahren an erheblichen degenerativen VerĤnderungen der gesamten

Wirbelsäule. Beide Sachverständige seien þbereinstimmend zu der Einschätzung gekommen, dass der Kläger keine Contusio cerebri, sondern allenfalls eine leichte und rasch folgenlos ausgeheilte Gehirnerschütterung verbunden mit ebenfalls folgenlos ausgeheilten Prellungen der HWS und LWS erlitten habe. Ihre Schlussfolgerung, dass wegen dieser Unfallfolgen allenfalls eine Arbeitsunfähigkeit von max. vier Wochen angenommen werden könne und die zeitlich danach bestehenden Beschwerden nicht mehr dem Unfallereignis vom 23.01.1998 zugeordnet werden können, sei schlüssig. Dies habe auch der nach § 109 SGG gehörte Arzt des Vertrauens des Klägers Prof.Dr.C. ausdrücklich bestätigt. Demzufolge sei die Klage daher abzuweisen gewesen. Die besonderen Umstände haben die Kammer dazu veranlasst, den Kläger mit Mutwillenskosten im Sinne von § 192 SGG in Höhe von 500,00 DM zu belegen.

Hiergegen hat der KlĤger Berufung eingelegt: Er rügt im einzelnen die Ausführungen des Dr.H. und verweist auf entsprechende ArbeitsunfĤhigkeitsbescheinigungen von Prof.Dr.C. vom 03.08. bis 15.08.1998 und von Frau Dr.F. vom 17.08. bis 24.08.1998 sowie Dr.K. vom 18.09. bis 26.09.1998 und Folgebescheinigungen wegen eines Zustandes nach HWS-Distorsion. Die Gutachter seien zu Unrecht von einer leichten Gehirnerschä¼tterung ausgegangen, hiergegen sprĤche doch schon die lange, d.h. 23-tägige stationäre Behandlung nach dem Unfall. Er habe auch nicht mutwillig geklagt, er verweise auf seinen eingehenden Vortrag. In dem orthopĤdischen Gutachten des Dr.K. vom 16.09.1999 würden die BeeintrÃxchtigungen der körperlichen und geistigen Leistungen seitens der Wirbelsäule â∏ unabhängig von der Kausalität â∏ auf 20 v.H. eingeschÃxtzt, wobei von einem Endzustand auszugehen sei. Dies allein sei schon Grund genug, eine sozialgerichtliche ErklĤrung anzustreben. Nachdem er bis zum Gutachten des Dr.H. von zehn Medizinern verschiedener Fachrichtungen untersucht worden sei, wobei diese die diagnostizierten UnfallschĤden sowie ArbeitsunfĤhigkeiten bestĤtigt hĤtten, sei ihm als medizinischen Laien eine Mutwilligkeit nicht vorzuhalten.

In der Sache beantragt der Kläger â \square sinngemäÃ \square -, die Beklagte unter Aufhebung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Augsburg vom 31.10.2001 und Abänderung des Bescheides vom 12.11.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.02.1999 zu verurteilen, ihm aus Anlass seines Arbeitsunfalls vom 23.01.1998 Verletztengeld Ã 1 4ber den 23.02.1998 hinaus zu gewÃ 2 4bren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung des Klägers zurückzuweisen, weil der angefochtene Gerichtsbescheid zutreffend sei.

Im \tilde{A} brigen wird zur Erg \tilde{A} nzung des Sachverhalts gem \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} 136 Abs.2 SGG auf den Inhalt der Akten der Beklagten sowie der Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgrýnde:

Die frist- und formgerecht eingelegte Berufung des KlAzgers ist zulAzssig, aber

nicht begründet.

Das Sozialgericht hat mit Recht die Klage abgewiesen. Denn dem Kl \tilde{A} ¤ger steht aus Anlass seines Arbeitsunfalls vom 23.01.1998 ein Anspruch auf Verletztengeldgew \tilde{A} ¤hrung \tilde{A} ½ber den von der Beklagten bisher zu Grunde gelegten Zeitraum, d.h. 23.02.1998, hinaus nicht zu ($\frac{\hat{A}}{\hat{S}}\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$ 45, 46 SGB VII).

GemäÃ□ § 45 Abs.1 SGB VII wird Verletztengeld erbracht, wenn der Versicherte infolge des Versicherungsfalls arbeitsunfähig ist. Verletztengeld wird von dem Tag an bezahlt, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird. Das Verletztengeld endet gemäÃ□ § 46 Abs.3 Nr.1 hier mit dem letzten Tag der Arbeitsunfähigkeit oder der Hinderung an einer ganztägigen Erwerbstätigkeit durch eine HeilbehandlungsmaÃ□nahme.

Das Sozialgericht ist zutreffend, vor allem gestützt auf die Ausführungen des Dr.H. und die ergänzende Stellungnahme des Prof.Dr.C. vom 29.05.2001, zu der Auffassung gelangt, dass eine unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit über den vorgenannten Zeitpunkt 23.02.1998 hinaus nicht angenommen werden kann. Dieser Auffassung schlieÃ□t sich der Senat im vollen Umfang an.

Zwar beruft sich der KlÄger darauf, dass auch spÄgter wieder- holt Krankschreibungen erfolgt seien, so u.a. auch von Prof. Dr.C â∏¦ Aus den vorgenannten Gutachten, wie auch aus den von Prof.Dr.W. dargelegten Befunden ergibt sich, dass die lang anhaltende ArbeitsunfĤhigkeit des KlĤgers mit wiederholten stationĤren Aufenthalten nicht durch die Unfallfolgen bedingt ist, sondern durch die nachweisbar schon vor dem Unfall bestehenden GesundheitsstĶrungen, insbesondere im HWS- und LWS-Bereich, sowie deren eigengesetzlichen Verlauf. Es gibt auch keinen Anhalt dafļr, dass diese VorschĤden durch den Unfall vom 23.01.1998 richtunggebend verschlimmert worden sind. Zwar besteht ein gewisser Widerspruch zwischen der Bescheinigung des Prof. Dr.C., der u.a. noch vom 03.08. bis 15.08.1998 eine ArbeitsunfĤhigkeitsbescheinigung ausgestellt hat, mit der dann von ihm abgegebenen ergĤnzenden Stellungnahme zur Frage der Dauer der unfallbedingten ArbeitsunfÄxhigkeit vom 29.05.2001. In der letztgenannten Stellungnahme führt er jedoch ausdrücklich â∏ nunmehr in Kenntnis der gesamten Akten â∏∏ auf Grund des vorher von ihm erstatteten Gutachtens vom 21.11.2000 (zur Frage der RentengewĤhrung) aus, dass die von ihm angenommenen Unfallfolgen â∏ leichtgradige Gleichgewichtstörung und Mitursache für einen ebenfalls leichten Tinnitus â∏ allenfalls in den ersten drei Wochen eine ArbeitsunfĤhigkeit bewirken. Dies werde schon durch die Tatsache bestätigt, dass die Mobilität von Herrn Münch so wenig beeinträchtigt gewesen sei, dass er sich bereits am 16.02.1998 â∏ also drei Wochen nach dem Unfall und drei Tage nach dem Stationsaufenthalt deswegen â∏ im 700 km entfernten Bremen aufhalten konnte. Da von neurologischer Seite wegen der Commotio cerebri bereits eine ArbeitsunfĤhigkeit von vier Wochen nach dem Unfall, also bis zum 23.02.1998, vorgeschlagen worden sei (vgl. Gutachten Dr.H.), schlie̸e er sich dieser Bewertung an. Die weiteren geltend gemachten Ausfallzeiten sind, wie Prof. Dr.C. in der vorgenannten Stellungnahme

überzeugend ausführt, in erster Linie den seit Jahren bekannten und behandelten Erkrankungen (Hörsturz, Tinnitus, HWS- und LWS-Erkrankungen, Depressionen usw.) anzulasten und damit nicht unfallbedingt.

Entgegen der Auffassung des Klā¤gers berechtigt auch nicht der Umstand, dass bei Einlieferung in das Krankenhaus S.-Klinik O. zunā¤chst der Verdacht auf eine Schā¤delfraktur, ein Verdacht auf HWK-Fraktur und LWK-Fraktur geā¤uā□ert worden ist sowie die Dauer des Aufenthalts zu der Annahme, dass sehr schwerwiegende Unfallfolgen vorgelegen hā¤tten. Denn die vorgenannten Verdachtsdiagnosen haben sich nachfolgend nicht erhā¤rten lassen. Bei dem Sturz ist es allenfalls zu einer leichten Commotio cerebri gekommen, ein Hinweis fā½r eine substanzielle Hirnschā¤digung hat sich nicht ergeben. Bereits vor dem Unfall hat der Klā¤ger jedoch jahrelang wegen erheblicher degenerativer Verā¤nderungen der gesamten Wirbelsā¤ule, Neigung zu Tinnitus und Depressionen in ā¤rztlicher Behandlung gestanden. Wenn der Klā¤ger noch laufend in Behandlung wegen dieser Stā¶rungen ist, so lā¤sst sich daraus jedoch kein ursā¤chlicher Zusammenhang mit dem Arbeitsunfall und den dabei erlittenen Primā¤rverletzungen herleiten, weil es sich bei den vorgenannten Gesundheitsstā¶rungen um unfallfremde handelt.

Nach allem konnte daher die Berufung keinen Erfolg haben, sie ist unbegründet und daher zurückzuweisen gewesen.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \text{ SGG}}{193 \text{ SGG}}$.

Der Senat hat die Revision nicht zugelassen, weil die Voraussetzungen hierf $\tilde{A}^{1/4}$ r nach \hat{A} § 160 Abs.2 Nr.1 und 2 SGG nicht vorliegen.

Erstellt am: 24.11.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024